

hang mit Außenminister Genschers Position und anderen Fragen sehr differenziert diskutiert werden. – Aus Zeitgründen breche ich an dieser Stelle ab.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Friedrich für Ihre Ausführungen und Erläuterungen Ihrer Thesen. Wir kommen damit zum dritten Beitrag, dem von Herrn Curt Gasteyger aus Genf. Ich freue mich, daß er heute unter uns weilt. Er ist auch ein alter Bekannter. Er dürfte Ihnen bekannt sein aus seinen Schriften und seiner Tätigkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Lieber Herr Gasteyger, wenn Sie können, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Zeitplan einhalten würden bis kurz nach zwölf. Bitte schön.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich sehr für Ihre Einladung. Herr Jacobsen hat uns zuvor auf die Rolle der Persönlichkeiten hingewiesen, und ich glaube, es gibt kaum zwei Länder, in denen in diesem Zusammenhang die Rolle von Persönlichkeiten so stark hervortrat wie in England und Frankreich, in Gestalt der Iron-Lady Margaret Thatcher und des Präsidenten François Mitterrand.

Ich werde in der mir zur Verfügung stehenden Zeit zunächst auf einige Gemeinsamkeiten in der britischen und französischen Deutschlandpolitik hinweisen. Dann werde ich auf die Besonderheiten im Verhalten des einen und des anderen Landes eingehen und mit einigen Thesen abschließen. Ich brauche hier nicht besonders zu erwähnen, daß im jetzigen Zeitpunkt der Zugang zu den vertraulichen Akten noch nicht möglich ist. Ich mußte mich deshalb auf die recht ausführlichen Berichte von Zeitzeugen sowie auf einige persönliche Gespräche stützen. Sie ergeben immerhin ein gutes und zuverlässiges Bild von Interessenslage und Handlungsspielraum der beiden hier interessierenden Staaten. Sieben Jahre Distanz von den damaligen Ereignissen sind allerdings zu kurz, um die oft widersprüchlichen, von der Erinnerung an Vergangenes und der spontanen Reaktion auf unerwartet Gegenwärtiges nicht in unsere Beurteilung einzubeziehen. Aber, gestehen wir es offen, angesichts der seither erlebten welt- und europapolitischen Umwälzungen scheinen manche dieser Reaktionen heute bereits einem weitentfernten, jedenfalls für Nichtdeutsche praktisch abgeschlossenen Kapitel anzugehören.

Gemeinsamkeiten

Angesichts der geschichtsträchtigen Bedeutung und des geopolitischen Gewichts der Wiedervereinigung ist solches eigentlich erstaunlich. Man hätte hier viel dauerhaftere Nachbeben erwartet. Denn diese Wiedervereinigung wurde ja lange bestenfalls als entfernte Zukunftsperspektive und dann, als sie sich als ernstzunehmende Möglichkeit am politischen Horizont abzuzeichnen begann, als unerwünscht empfunden. Das trifft sicher auf Großbritannien und Frankreich zu. Auf ihrer Traktendenliste stand sie jedenfalls, wenn überhaupt, weit unten. Beide Länder mußte deshalb die sich rasch verdichtende Perspektive

einer solchen Vereinigung der beiden deutschen Staaten überraschen. Sie löste Reaktionen aus, die man nach vierzig Jahren immer wieder beschworener Solidarität mit dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung kaum für möglich gehalten hätte. Einmal mehr erwies sich das historische Gedächtnis der Völker länger als jenes der Politik.

So trafen die sich beschleunigenden Entwicklungen in Osteuropa und damit Deutschland die Regierungen beider Länder konzeptuell und politisch unvorbereitet. Weder Präsident François Mitterrand noch Prime Minister Margaret Thatcher hatten eine Strategie zur Hand, mit der sie dieser für sie unerwarteten und wohl eben auch unerwünschten neuen Lage mitbestimmend begegnen konnten. Stärker, emotionaler waren bei ihnen das Nichtglaubenwollen und der Rückfall in ein von geschichtlicher Erfahrung geprägtes Bild von einem Deutschland, das es gar nicht mehr gab oder eben nur als geteiltes, in zwei Bündnisse eingebundenes und von vier Siegermächten mehr oder weniger kontrolliertes Zwillingsspaar.

Beide, Frankreich und Großbritannien, hatten damit vieles gemein, wo es um Geschichtsbild und Stellung Deutschlands in Europa ging. Sie unterschieden sich aber deutlich in der Art, in der sie sich mit der unerwarteten „Herausforderung Deutschland“ auseinandersetzten und ihr zu begegnen suchten. Zu den Gemeinsamkeiten gehört einmal die fast hilflose Überraschung darüber, daß das zwar offiziell immer wieder abgelehnte, letztlich aber in vieler Hinsicht als stabil erachtete Nachkriegssystem des zweigeteilten Europa und Deutschland mit klaren Grenzen und gewichteten Kräfteverhältnissen durch die deutsche Wiedervereinigung unversehens aus den Angeln gehoben werden sollte. Die Trägheit des Gewohnten und die Ablehnung des ungesicherten Neuen waren bei ihnen deutlich zu spüren. Für die geographisch distanzierte Weltmacht Amerika schien die Perspektive einer solchen Veränderung weniger Sorgen zu bereiten; die Sowjetunion unter Gorbatschow erwies sich nach anfänglichem und verständlichem Widerstand gegen eine Wiedervereinigung als weniger resistent und unbeweglich – möglicherweise, weil sie deren Folgewirkung als letzte Konsequenz des Reformprozesses in Mittel-Osteuropa unterschätzte.

Aus dieser statikverhafteten Haltung Frankreichs und Großbritanniens heraus erklärt sich deren Neigung, die Wiedervereinigung bestenfalls als langfristigen Prozeß zu sehen und auf den von der KSZE/OSZE als praktisch unabänderlich erklärten Grenzen zu bestehen. Selbstbestimmung – was immer das auch heißen mochte – ja; aber doch nicht Wiedervereinigung. So erklärt sich Frau Thatchers fast verzweifelter Ausruf „Wir haben uns zwar für die Wiedervereinigung ausgesprochen, aber niemand hat wirklich daran geglaubt“; sie war wünschenswert, solange sie unwahrscheinlich blieb.

Einig waren sich Frankreich und Großbritannien auch dahingehend, daß nukleare Waffensysteme auf deutschem Boden stationiert bleiben sollten und Deutschland selbstverständlich weiterhin auf eine eigene Atomrüstung verzichten müsse.

Wenn denn die Wiedervereinigung nicht zu vermeiden war, dann sollte doch ihr Schrittmaß möglichst verlangsamt werden. Dafür trugen die vier Siegermächte die Verantwortung. Das bedeutete, daß sie Reformen in der DDR fördern wollten, dies aber nicht in der Absicht, die DDR reifer für die Wiedervereinigung zu machen, sondern als zweiten deutschen Staat zu festigen. Mit dieser von Mitterrand und Frau Thatcher geteilten Meinung zeigten beide Länder, daß sie ihren Einfluß auf die Ereignisse und insbesondere auf die Vorgänge in Deutschland weit überschätzten. Vereinfacht läßt sich deshalb sagen, daß sie in ihrem strategischen Ziel einer Verhinderung oder Verlangsamung der deutschen Einigung weitgehend einig waren; in der Art und Weise, wie sie politisch-institutionell zu verkraften sei, ging ihre Politik aber auseinander.

Großbritannien

Von allem Anfang war klar, daß es dem Großbritannien von Frau Thatcher schwerfiel, sich mit der Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung anzufreunden. Bereits im September 1987 äußerte sie hierzu ihre Skepsis. Diese verdichtete sich zwei Jahre später zu offenem Widerstand. Er nährte sich aus einer doppelten Sorge: daß einmal das vereinigte Deutschland die von NATO und Warschauer Pakt getragene Stabilität auf dem Kontinent gefährden, zum anderen dieses Deutschland, wo nicht einen Kurs der Neutralität, so doch jenen einer eigenständigen, nach Osteuropa ausgerichteten Politik verfolgen könne. Von dieser Doppelsorge wurde ihre Haltung in den entscheidenden Monaten 1989/1990 bestimmt. Sie läßt sich auf folgende wesentliche Punkte zurückführen:

- Zunächst auf eine wachsende Enttäuschung über die immer prononciertere pro-deutsche Haltung der Bush-Administration. Anders als zu dem ihr freundschaftlich verbundenen Reagan kühlte sich ihr Verhältnis zu dessen Nachfolger Bush gerade wegen dieser Haltung ab. „Ich fühlte“, so Frau Thatcher in ihren Memoiren, „daß ich mich nicht mehr immer so auf die Zusammenarbeit mit Amerika verlassen konnte wie zuvor.“ Um nach der Brüsseler NATO-Konferenz anfangs Dezember 1989 noch enttäuschter anzufügen: Nach Bushs Rede „gab es nichts, was ich von den Amerikanern hinsichtlich einer Verlangsamung der deutschen Wiedervereinigung erwarten konnte“.
- Von dieser für Frau Thatcher sehr ernüchternden Einsicht leitete sich ihre weitere Strategie ab. Sie bestand aus zwei Komponenten, die sich gegenseitig verstärken sollten: einmal dem Aufbau einer englisch-französischen Achse, zum andern der Förderung einer Interessengemeinschaft mit Präsident Gorbatschow zur Kontrolle Deutschlands und dessen Einigung.

Das erstere, der Hauptpfeiler, folgte einem Kalkül hinsichtlich der London zur Verfügung stehenden Optionen. Es gab deren vier: Erstens, eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Von dieser versprach sich Frau Thatcher (im Unterschied zu Mitterrand) nicht viel: „Ein vereinigtes Deutschland wird die EU dominieren.“ Zweitens, Einflußnahme mittels des Viermächte-Abkom-

mens über Berlin. Auch dies erschien nicht hinreichend, weil in der Sicht von Frau Thatcher „weder die USA noch die Sowjetunion es mehr ernstnehmen“. Die dritte Option war die KSZE. Sie wurde als nützlich betrachtet, wo es darum ging, nicht willkommene Änderungen von Grenzen in Osteuropa zu verhindern. Als Schranke gegen die deutsche Wiedervereinigung wurde die KSZE aber als unzureichend eingestuft.

Es blieb demnach die vierte und letzte Option: die englisch-französische Achse. Mit ihrer Hilfe sollte sichergestellt werden, daß die Deutschen bei jeder Stufe der Wiedervereinigung nicht allein das Sagen hätten. Für diese letzte Option versuchte Frau Thatcher Präsident Mitterrand zu gewinnen. Sie schöpfte ihre – wie sich bald herausstellen sollte – unbegründete Hoffnung aus dem Satz Mitterrands (anlässlich der Straßburger EU-Gipfelkonferenz im Dezember 1989), daß in „Augenblicken großer Gefahr... Frankreich und Großbritannien besondere Beziehungen hatten. Er fühlte, daß dieser Augenblick wieder gekommen sei“.

Einen Monat später (am 20. Januar 1990) hatte Mitterrand in den Augen seiner britischen Kollegin akzeptiert, daß „die Deutschen zwar das Recht auf Selbstbestimmung hätten, aber nicht auf jenes, die politischen Realitäten in Europa umzustülpen“ („upset“). In dieser Interpretation der französischen Haltung wurde Frau Thatcher bald enttäuscht. Spätestens im frühen Frühjahr kam sie zu dem Schluß, daß Mitterrand „die falsche Entscheidung für Frankreich“ getroffen habe.

London nahm deshalb Zuflucht zu einer weiteren Option, nämlich dem Zusammengehen mit der Sowjetunion, genauer: mit Gorbatschow. Dieser genoß seit Beginn seiner Perestrojika-Politik bei der britischen Premierministerin besondere Sympathien. Sie konnte sich dabei auf eine Aussage Gorbatschows stützen, die er anlässlich ihres Kurzbesuchs in Moskau im September 1989 gemacht hatte. Seine Erklärung – in den Worten von Frau Thatcher –, daß auch die Sowjetunion keine deutsche Wiedervereinigung wolle, „bestärkte mich in meiner Entschlossenheit, das bereits schwindelerregende Schrittmaß der Entwicklungen (in Deutschland) zu verlangsamen“. Beide, Thatcher und Gorbatschow, glaubten nämlich, daß ein „wirklich demokratisches Ostdeutschland als unabhängiger Staat“ möglich sei. Folgerichtig betonte sie auf der Sonder-sitzung der EU-Regierungschefs in Paris Mitte November die Notwendigkeit, Präsident Gorbatschow zu unterstützen. Um, wie sie meinte, die „Stabilität“ in Europa zu retten, befürwortete sie die Fortdauer der sowjetischen Truppen in der DDR („im Herzen Europas“): „Nur die Sowjetunion könne ein solches Gleichgewicht anbieten“. Es war klar: die britische Regierungschefin gab dieser von der Sowjetunion zu garantierenden Reformmöglichkeit der DDR den Vorzug vor einer Wiedervereinigung.

In einem anderen Zusammenhang stützte Frau Thatcher diese Argumentation mit der Feststellung, daß man Deutschland nicht erlauben dürfe, einen besonderen Einfluß („hold“) in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu gewin-

nen, vielmehr sei „alles nur Mögliche“ zu tun, um die eigenen (zumal britischen) Bindungen mit diesen Ländern zu stärken.

London mußte bald einsehen, daß der rasche Lauf der Dinge immer mehr seiner Kontrolle (und jener Frankreichs) entglitt. Man war, wenn auch nicht so stark wie in Paris, konsterniert über Bundeskanzler Kohls Zehn-Punkte-Programm. Dies zunächst, weil man nicht vorgängig darüber konsultiert oder doch informiert worden war; später dann, als man entdeckte, daß Bonn wichtige Bereiche des Wiedervereinigungs-Prozesses immer mehr als innerdeutsche Angelegenheit, als – wie es hieß – „Angelegenheit eines souveränen Staates“ behandelte. Daran war man noch nicht gewohnt. Es fiel gerade den beiden kleineren Siegermächten offensichtlich schwer, Deutschland in einer so zentralen, die strategische Lage des Kontinents tiefgreifend verändernden Angelegenheit selbständig handeln zu sehen, ohne hier das bisher gewohnte Mit- oder gar Einspracherecht geltend machen zu können.

Für Frau Thatcher blieben, nachdem die erwähnten Optionen entweder nicht „gezogen“ oder sich als unrealisierbar herausgestellt hatten, nur noch zwei Seitenwege zur Einflußnahme: einmal die Grenzfrage Oder-Neiße, sodann ihr Bestehen auf eine Einbindung des vereinigten Deutschlands in die Nordatlantische Allianz. Beim ersten wußte sie sich einig mit Frankreich und Polen, beim letzteren mit den USA. In der Grenzfrage rannte sie in Bonn offene Türen ein; die Einbindung Deutschlands in die NATO stand ebenfalls nie ernsthaft zur Diskussion. Beide Wege erwiesen sich damit als Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Abfederung des Wiedervereinigungs-Effekts, als Zeugen britischer Skepsis, wo nicht sinkenden britischen Einflusses. Weder die eine noch die andere war besonders originell. Zusammen offenbarten sie lediglich den zunehmend begrenzten Handlungsspielraum Großbritanniens.

Frankreich

Frankreichs Position war in vielem jener Großbritanniens ähnlich. Die beiden Ländern gemeinsamen Sorgen wurden bereits genannt: das Überraschungselement, die Sorge um Stabilität und Gleichgewicht auf dem Kontinent, die Betonung auf Selbstbestimmung anstatt Wiedervereinigung, das Bestehen auf internationaler Anerkennung der Ostgrenze und eine Bestätigung des Verzichts auf nukleare Waffen.

Frankreichs Haltung zur Wiedervereinigung durchlief ebenfalls mehrere, aber keineswegs deckungsgleiche Phasen. Das ist nicht zuletzt der taktischen Wendigkeit des französischen Präsidenten und seiner klugen Einsicht in das Unvermeidliche zuzuschreiben. Im Frühherbst war er noch der festen Überzeugung, daß, erstens, Beunruhigung über die Wiedervereinigung berechtigt sei und, zweitens, die Sowjetunion und auch die DDR-Führung dieser nie zustimmen würden. Frankreich werde, so Mitterrand, seine Politik so anpassen, daß es in der Lage sei, im besten Interesse Europas und seiner selbst zu handeln. Wörtlich: „Die Wiedervereinigung wirft so viele Probleme auf, daß ich meine Meinung in Anbetracht der auftauchenden Ereignisse bilden werde.“

Noch im September 1989, anläßlich eines Gesprächs mit Frau Thatcher in Chequers, wollte er nicht an die Wiedervereinigung glauben: einmal, weil, wie er meinte, „Gorbatschow nie ein vereintes Deutschland in der NATO akzeptieren wird, und die USA Deutschland nicht gestatten würden, aus der NATO auszutreten“. Zum anderen glaubte er selber nicht daran. So rief er bei anderer Gelegenheit aus: „Und die DDR – das ist Preußen. Sie wird sich nicht unter die Obhut („la coupe“) Bayerns begeben wollen.“

Mitterrands Sicht der Deutschlandfrage zeigt sich damit etwas differenzierter als jene von Frau Thatcher. Dazu mögen unzählige deutsch-französische Begegnungen beigetragen haben. Aber auch bei ihm tauchten gewisse Stereotypen auf, die selbst dieses Sonderverhältnis nicht völlig auszuräumen vermocht hatte. Hinzu kam die Befürchtung, daß Europa „in die Vorstellungswelt von 1913 zurückfallen könne“, d. h. wohl in einen Zustand der Auflösung und allseitigen Rivalität. Jetzt, 1989, erschien ihm aber Europa hinreichend gefestigt, um „ein Deutschland von 80 Millionen zu verkraften“. Mitterrands Folgerung war die Notwendigkeit einer Verstärkung des europäischen Einigungswerkes. Von dieser Zielsetzung her mag sich die schrittweise, keineswegs widerspruchlose Akzentuierung der französischen Wiedervereinigungspolitik erklären. Die Folge hiervon war eine zunehmende Entfremdung gegenüber Großbritannien hier und ein allmählich wachsendes, wenn nicht vorbehaltloses Verständnis für Bundeskanzler Kohls Vorgehen da.

Einschränkungen und Rückwendungen blieben nicht aus. Da war einmal das Mißvergnügen über die fehlende Vorunterrichtung über das bereits erwähnte Zehn-Punkte-Programm. Dann kam der zwar längst geplante, aber zeitlich unglücklich gewählte Besuch des Präsidenten in der DDR kurz vor Weihnachten 1989. Da waren auch die Verlockungen einer neuen großen Entente mit London (und eventuell Moskau) und einer kleinen Entente mit Polen, um es bei dessen Grenzfragen zu stützen. Aber schließlich, als die Wiedervereinigung immer deutlicher zur greifbaren Realität wurde, gewann Frankreichs Kurs an Stetigkeit. „Die Entwicklung begleiten“ (nicht steuern!), hieß die Devise. Damit sollten die destabilisierenden Wirkungen der Wiedervereinigung unter Kontrolle gehalten werden: für Frankreich, für die deutsch-französischen Beziehungen, für den Frieden in Europa, für die europäische Einigung und für die Lage in der Sowjetunion. Praktisch bedeutete dies eine „relance européenne“, die Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze und den bereits erwähnten Verzicht auf nukleare Rüstung.

Hier klangen Ideen an, die de Gaulle schon Jahrzehnte vorher zum Deutschlandproblem geäußert hatte. Die NATO interessierte hier, ganz im Unterschied zu Großbritannien, weniger. Immer mehr entstand in Paris der Eindruck, daß man keine „begleitende“ und auch keine Alternativpolitik mehr zur Hand habe. Es war Nachvollzug und, wenn so man will, Schadensbegrenzung. Mit Großbritannien bestanden kaum mehr Gemeinsamkeiten: „Frau Thatcher ist allein“, notierte der Sprecher Mitterrands und heutige Außenminister Hubert Védrine.

„Sie wollte Deutschland von Frankreich trennen und ärgerte sich, daß ihr dies nicht gelang.“

Dreißig Jahre deutsch-französischer Freundschaft zeigten hier nun ihre, wenn auch von Schwächezeichen unterbrochene, Wirkung. Dies ist jedenfalls eine nicht unberechtigte Schlußfolgerung – es sei denn, man komme zur Auffassung, daß auch Frankreich kaum eine Alternative als die hier aufgezeigte hatte. Nur war diese Alternative konstruktiver als die britische. Sie verband Deutschlands Wiedervereinigung mit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Das Problem Frankreichs war nur, daß sich die Wiedervereinigung vor diese angestrebte Stärkung schob. Noch am 30. November 1989 hatte Mitterrand gegenüber Außenminister Genscher mit aller Bestimmtheit festgehalten: „Entweder kommt die deutsche Einheit vor der europäischen zustande oder Sie werden eine Trippel-Allianz (Frankreich, Großbritannien, Rußland) gegen sich haben – und das wird in einem Krieg enden. Wenn dagegen die deutsche Einheit nach jener Europas kommt, dann werden wir Ihnen helfen.“

Wirklichkeit wurde bekanntlich die erste Variante. Es kam zwar glücklicherweise weder zu einem Dreierbündnis noch zu einem Krieg. Es blieb aber ein Rest von Unbehagen auf französischer Seite: man fühlte sich erstmals geographisch marginalisiert und politisch ohnmächtig gegenüber einer Entwicklung, in der man nicht einmal die zeitliche Rangfolge mitbestimmen konnte. Das politische Zentrum hatte sich überdeutlich und für Frankreich fast demütigend nach Deutschland verlagert.

Deutschland war innerhalb kurzer Zeit vom noch partiellen Objekt zum vollen Subjekt europäischer Politik herangewachsen. Nirgendwo wurde dies offensichtlicher als in der zumal von Großbritannien nur widerwillig hingenommenen Umkehr der Formel „Vier-plus-Zwei“ in „Zwei-plus-Vier“. Dabei war es jedermann klar, daß diese sehr rasch zu einem „Eins-plus-Vier“ zusammenschmelzen werde.

Beide, Frankreich und Großbritannien, wünschten sich gerade deshalb möglichst schnelle Fortschritte in diesen Verhandlungen. Sie wollten damit verhindern, daß sich die beiden deutschen Staaten unter sich und ohne bestimmende Mitwirkung der vier Mächte einigten. Auch hier noch gingen sie also von der Annahme aus, daß es die vier Mächte und nicht die deutschen Staaten sein sollten, die den Lauf der Ereignisse zu bestimmen und, wenn möglich, zu verlangsamen berufen waren. Auch hier täuschten sie sich. So blieb ihre Rolle kaum mehr als jene von Zuschauern bei einem Drama, das letztlich wohl auch ohne ihr Beisein zu einem guten Ende gekommen wäre.

Zusammenfassung

Erstens: Der ebenso unerwartete wie sich zusehends beschleunigende Einigungsprozess fand Großbritannien und Frankreich unvorbereitet. Sie hatten Wiedervereinigung gepredigt, aber kaum mehr als an Selbstbestimmung ge-

glaubt. Wiedervereinigung war für sie ein fernes Ziel, das anzustreben nie Priorität besaß.

Zweitens: Die von London und Paris in aller Eile entworfenen Handlungsoptionen waren konservativ, d. h. erhaltend, nicht progressiv. Sie bewegten sich in überkommenen Verhaltensmustern und bewährten Institutionen, NATO und OSZE und Viermächte-Abkommen. Für die Wiedervereinigung stand kein Modell zur Verfügung; ihre Politik war konturlos.

Drittens: Beide Länder überschätzten die destabilisierende Wirkung der Wiedervereinigung und, zumindest anfänglich, auch ihre eigene Rolle und Einflußmöglichkeiten hierbei. Sie unterschätzten die Eigendynamik und den daraus für die Bundesrepublik fast unvermeidlich folgenden Zwang zu selbständigem Handeln als souveräner Staat. Letzteres weckte, weil ungewohnt, Widerstand und Mißtrauen in London und Paris. Dies umso mehr, als beide sich politisch zunehmend an den Rand des Geschehens und geographisch an jenen Europas verwiesen fühlten, nachdem Deutschland ins Zentrum von beidem gerückt war.

Viertens: Die bestehenden Organisationen NATO und EU erwiesen sich als Rettungs- oder Beruhigungsanker. Dabei zog allerdings Großbritannien die Allianz, Frankreich die Union vor.

Fünftens: Für Großbritannien besonders schmerzlich war die Verlagerung der „special relationship“ der Vereinigten Staaten von ihm weg hin nach Deutschland. Nur seine besondere Rolle im Golfkrieg brachte diese Gewichtsverlagerung wieder einigermaßen, wenn auch nur zeitweilig, ins Lot.

Sechstens und langfristig wohl am wichtigsten: Die beiden ehemaligen Siegermächte Westeuropas sind mit und nach der Wiedervereinigung in die Reihe „normaler“ Mittelmächte zurückgestuft. In ihrem widersprüchlichen und letztlich fast hilflosen Verhalten während des Prozesses der Wiedervereinigung enthüllte sich, daß frühere Könige nicht viel mehr Kleider haben als ihre Mitbürger. Danke sehr.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Gasteyer für die Interpretation Ihrer Thesen, die uns noch beschäftigen werden. Herr Bingen als letzter, bitte.

Dr. Dieter Bingen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin natürlich auch geehrt, vor diesem Gremium sprechen zu dürfen. Ich habe grundsätzlich drei Länder zu behandeln, werde aber nicht entsprechend 60 Minuten beanspruchen. Meinen Kurzvortrag habe ich aufgebaut in die Teile: Vergleich der Akteure Ostmitteleuropas; innere und äußere Faktoren zur Bestimmung der Interessenlage und Handlungsspielräume Polens; Faktoren polnischer Deutschlandpolitik im Herbst 1989; einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Zwei-plus-Vier-Prozeß.